

Analyse & Meinung

EU-Russland-Beziehungen: Strategische Leere trotz Erfolgsgeschichten

VON ADRIAN PABST*

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation sind besser als ihre öffentliche Wahrnehmung, doch können weder der stetige Fortschritt bei der Zusammenarbeit noch rezente Durchbrüche wie etwa bei der Syrien-Frage das strategische Vakuum im Kern der Beziehung zwischen der EU und Russland verdecken. So ungefähr lautet der Tenor einer Tagung, die vom „Luxemburger Institut für Europäische und Internationale Studien“ (LIEIS) in Zusammenarbeit mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Luxemburg und der „Russkiy Mir“-Stiftung aus Moskau am 8. und 9. November in Luxemburg organisiert wurde. Ungefähr 30 Teilnehmer aus Ost und West tauschten ihre Ansichten in durchweg sehr offenen und anregenden Debatten, die von Armand Clesse, dem Direktor des LIEIS geleitet wurden.

In den späten 1990er-Jahren wurde in Brüssel wie in Moskau viel von einer neuen strategischen Partnerschaft geredet, nicht zuletzt auf Seiten des damaligen Kommissionspräsidenten Romano Prodi und des damaligen russischen Premierministers Wladimir Putin. Anfang des 21. Jahrhunderts jedoch tat sich zunehmend ein Graben zwischen beiden Seiten auf. Genau wie die EU-Erweiterung vom Krim als ein Eingriff in die Einflussphäre Russlands betrachtet wurde, so schürte das Verhalten Moskaus gegenüber den Nachbarn Ukraine und Georgien bei verschiedenen EU-Mitgliedern den alten Verdacht neoimperialistischer Umtriebe.

Seitdem kam es immer wieder zu Spannungen, sei es wegen der amerikanischen Invasion im Irak im Jahre 2003, den Streitereien in den Jahren 2006 und 2009 um Gaslieferungen, die Kiew betrafen, oder eben auch des russisch-georgischen Kriegs von 2008. Die Präsidentschaft von Medwedew von 2008 bis 2012 führte zu einem Tauwetter, das aber durch die Wiederkehr Putins als Präsident 2012 beendet worden zu sein scheint. Derzeit bemüht sich die EU, ihre Beziehungen zu den USA durch ein Freihandelsabkommen zu stärken, auch wenn es ja im transatlantischen Verhältnis gerade in letzter Zeit zu allerlei Missheiligkeiten gekommen ist. Währenddessen versucht Russland, seine Vormachtstellung im post-sowjetischen Raum durch die Schaffung einer eurasischen Wirtschaftsunion zu konsolidieren.

All dies sollte allerdings nicht von einigen grundsätzlichen Tatsachen ablenken. Wie Wjatscheslaw Nikonow, Mitglied der Staatsduma und einer der führenden Experten für Außenbeziehungen, ausführte, ist Russland der drittstärkste Handelspartner der EU; die Union ihrerseits ist Russlands bedeutendster Handelspartner. Die EU ist der größte Investor in Russland, wobei die Direktinvestitionen aus Luxemburg besonders wichtig sind nach dem Zyperndebakel im vergangenen Jahr. Es mag den EU-Russland-Beziehungen an dramatischen Elementen fehlen, doch ist genau dies

paradoxerweise ein Zeichen ihrer fundamentalen Bedeutung.

Übrigens sind, wie sowohl Laurent Mosar, der Präsident der Abgeordnetenkammer, als auch Mark Entin, der russische Botschafter in Luxemburg, feststellten, die bilateralen Beziehungen niemals enger gewesen. Das Gleiche gilt für viele andere EU-Mitglieder und für die Beziehungen zwischen der Union und Russland. Der Belgier Marc Franco, der viele Jahre der Botschafter der EU in Moskau war, strich die Erneuerung des Partnerschafts- und Zusammenarbeitsabkommens hervor und die vier „gemeinsamen Räume“, die die Zusammenarbeit erweitert und vertieft haben.

Sogar bei umstrittenen Fragen haben beide Seiten mit Erfolg zusammengearbeitet. So hob der Nahostexperte Mario Hirsch vier Beispiele hervor: 1. Libyen, wo viele westliche Länder jetzt das Scheitern der französisch-britischen Intervention zugeben; 2. die Vereinbarung zwischen Serbien und Kosovo, die ohne die starke wenn auch heimliche russische Unterstützung nicht möglich gewesen wäre; 3. die russische diplomatische Offensive, um westliche Militärschläge gegen Syrien zu verhindern und das Assad-Regime zur Aufgabe seiner Chemie-Waffen zu bewegen; 4. die konstruktive russische Haltung im Umgang mit den Nuklearplänen des Iran.

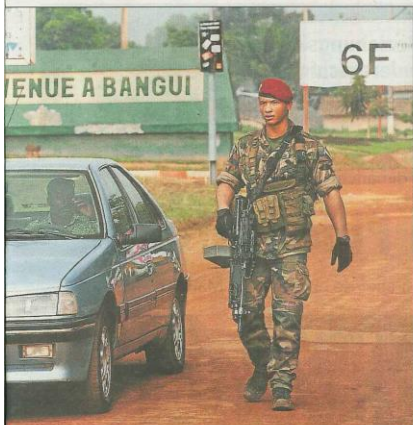
Trotz allem scheint es klar, dass es den Beziehungen zwischen der EU und Russland an strategischer Orientierung fehlt. Ursache hierfür ist, wie viele Teilnehmer unterstrichen, die grundlegende Abwesenheit von gegenseitigem Verstehen und eines richtigen Dialogs. Richard Sakwa von der Universität Kent rief zu eben einem solchen Dialog auf, der auf einseitiges Den-

ken und eng definiertes Eigeninteresse zugunsten einer gemeinsamen Definition der Probleme und der Suche nach Lösungen, die allen Seiten zugute kämen, verzichtet würde. Um dies zu erreichen, forderte Christopher Coker von der „London School of Economics“ eine Restrukturierung der Beziehungen, die Fähigkeit, auf die legitimen Bedenken und Sorgen der anderen Seite einzugehen und ihre strategischen Interessen zur Kenntnis zu nehmen.

Mehrere russische Experten hoben die Notwendigkeit konkreter Aktionen hervor. Dies gilt insbesondere für das Gebiet der Energie, auf dem die Sicherheit von Angebot und Nachfrage jegliche mögliche Kluft zwischen EU und Russland überbrücken kann, wie Leonid Gregoryev von der Moskauer Wirtschaftshochschule und Berater der russischen Regierung meinte. Es gab auch starke Meinungsverschiedenheiten zwischen westlichen und östlichen Teilnehmern zur Frage, ob der Krim bilaterale Beziehungen mit pro-russischen EU-Mitgliedsländern wie Deutschland und Italien bevorzuge oder aber ob Moskau sich eher mit der EU und ihren Institutionen einlasse.

Um eine Verschlechterung der Beziehungen zwischen der EU und Russland zu verhindern und diese Beziehungen sogar zu verbessern, brauchen – wie Armand Clesse schlussfolgernd meinte – beide Seiten neue Ideen, Institutionen und Handlungen. Statt ihr zukünftiges Heil anderswo zu suchen, etwa in der atlantischen Region oder in Asien, müssten Russland und die EU zur Erkenntnis gelangen, dass ihr Schicksal unweigerlich mit dem größeren Europa, dem sie beide angehören, verbunden ist.

* Adrian Pabst ist Senior Lecturer an der University of Kent.



installés depuis 2002 autour de l'aéroport de Bangui. (PHOTO: REUTERS)

Une des premières tâches des troupes françaises et ousiennes sera de mettre fin aux exactions, et de rouvrir les principales routes qui relient Bangui à ses voisins, Tchad et le Cameroun. A plus long terme, la résolution de l'ONU demande l'organisation, début 2015, d'élections démocratiques auxquelles les dirigeants actuels ne participeraient pas. Djotodia s'est pas opposé à ces condi-

tions. Il ne semble pas qu'il ait le choix.

La France dispose déjà en RCA de 410 hommes, installés depuis 2002 autour de l'aéroport de Bangui, avec pour mission de sécuriser celui-ci et de protéger les quelque 500 ressortissants français qui vivent encore dans la capitale. Des soldats français sont déjà «repositionnés» en Afrique, et devraient être à pied d'œuvre rapidement.

Frist bis Ende des Jahres

USA drohen mit Abzug aus Afghanistan

VON THOMAS SPANG
(WASHINGTON)

Das Timing für die unangemeldete Visite von US-Sicherheitsberaterin Susan Rice konnte kaum besser gewählt sein, um in Kabul Eindruck zu hinterlassen. Genau das dürfte die Absicht hinter der dramatischen Stippvisite gewesen sein, die nur vorübergründig ein „Thanksgivings“-Besuch bei den US-Streitkräften war. Umgeben von einer Wolke aus Geheimniskrämerlei kam Rice mit der Mission an den Hindusch, dem aufmüpfigen afghanischen Präsidenten die Leviten zu lesen.

Bei den mehr als zweistündigen Gesprächen machte sie Karsai unmissverständlich klar, dass sich die Geduld der Amerikaner dem Ende zu neigt. Ohne Unterschrift unter das ausgehandelte und von der Loya Jirga beschlossene Truppenstatut bis Ende des Jahres hätten die USA „keine andere Wahl“ als den vollständigen Abzug ihrer Streitkräfte vorzubereiten. „Die Verhandlungen sind abgeschlossen“, erklärte Karsai, damit stünden dann auch jeweils vier Milliarden US-Dollar an Militär- beziehungsweise Wirtschaftshilfe zur Disposition.

Der afghanische Präsident stellte bei dem Treffen mit Rice, dem militärischen Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte General Joseph Dunford und Botschafter James Cunningham seine neuesten Forderungen auf. Karsai verlangte die bedingungslose Freilassung von 17 afghanischen Gefangenen in Guantanamo sowie ein Ende amerikanischer Razzien in Privathäusern. Darüber hinaus drängt der afghanische Staatschef die USA, Friedensge-

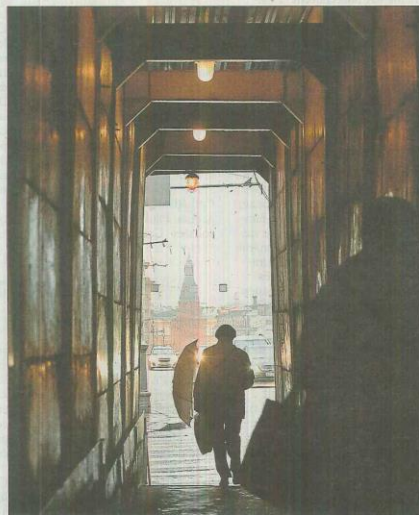
spräche mit den Taliban einzuleiten.

Dem Vernehmen nach ging es bei der Begegnung zwischen Botschafter Cunningham und Karsai lautstark zur Sache. „Wenn sie (die Amerikaner, die Red.) glauben, es werde etwas ohne einen Friedensprozess unterschrieben, und ohne den Bann von Razzien in afghanischen Häusern, ist das eine grobe Fehlkalkulation“, erklärte Karsai Sprecher Aimal Faizi nach dem denkwürdigen Treffen.

Karsai hatte tags zuvor bei der Versammlung der Stammesältesten völlig überraschend erklärt, er habe nicht die Absicht, das mit den USA ausgehandelte Truppenstatut vor den Präsidentschaftswahlen im kommenden April in Kraft zu setzen. Gleichzeitig erhob er schwere Anschuldigungen gegen die US-Regierung, der Karsai vorhielt, seine Integrität wiederholt in Frage gestellt zu haben. Es bestele kein Vertrauen zwischen ihm und den Amerikanern erklärte er den Stammesältesten, die zu der Loya Jirga nach Kabul gekommen waren.

Leere Drohung

Ungeachtet der kritischen Töne beschloss die Versammlung das Truppenstatut und empfahl es binnen Monatsfrist in Kraft zu setzen. Ein vollständiger Rückzug der Amerikaner ist mehr als eine leere Drohung. Präsident Barack Obama hatte wegen ähnlicher Schwierigkeiten in Irak den Abzug aller Soldaten befohlen. Falls die USA ihre Truppen komplett zurückziehen, werden auch die Bündnispartner der Nato folgen. Diese hatte ihre weitere Unterstützung vor Ort von einem Truppenstatut abhängig gemacht.



(PHOTO: AFP)